

möglichkeiten ausgebaut werden (wie gerade im Moment durch das Gesetz zur Vorratsdatenspeicherung), wird die PROKLA das Heft 3/2008 dem Thema „Politik mit der inneren Unsicherheit“ widmen.

In eigener Sache

Die PROKLA wird von der „Vereinigung zur Kritik der politischen Ökonomie e.V.“ herausgegeben. Auf ihrer jährlichen Mitgliederversammlung wählt die Vereinigung die Redaktion der PROKLA und diskutiert die inhaltlichen Schwerpunkt des nächsten Jahres. Ohne die finanzielle Unterstützung der Vereinigung könnte die PROKLA als eine von jeder Institution oder Partei unabhängige linke wissenschaftliche Zeitschrift nicht existieren. Weitere UnterstützerInnen, die dem Verein beitreten wollen, sind herzlich willkommen. Die PROKLA wird von den Vereinsmitgliedern nicht nur finanziell, sondern auch inhaltlich gefördert. Um die Unterstützung der Redaktionsarbeit intensiver und kontinuierlicher zu gestalten, wurde bei der diesjährigen Mitgliederversammlung, die am 13. Oktober in Berlin stattgefunden hat, erstmals ein Redaktionsbeirat gewählt. Ihm gehören, Jürgen Hoffmann, Margit Mayer, Klaus Müller, Urs Müller-Plantenberg, Christoph Scherrer, Rudi Schmidt, Günter Thien, Gudrun Trautwein-Kalms und Bodo Zeuner an.

PROKLA 150 (März 2008): Umkämpfte Arbeit

Im zunehmend globalisierten Kapitalismus brechen auch in den Metropolen neue Konflikte in und um die Erwerbsarbeit auf. Sie machen sich fest an der immer weitergehenden Intensivierung der Arbeit, an veränderten Formen der Ausbeutung der Arbeitskraft, an widerspruchsvollen Anforderungen an mehr Eigenverantwortung verbunden mit verschärften direkten und indirekten Kontrollen, an wachsender Unsicherheit von Beschäftigung und am ungeschützten Charakter von Beschäftigungsverhältnissen. Diese Interessenkonflikte und die Formen, in denen sie ausgetragen werden, sollen im Zentrum dieses Heftes stehen. Dabei wird es insbesondere um die neuen Auseinandersetzungen um Arbeitszeit gehen, um die arbeitspolitischen Auswirkungen der Restrukturierung globaler Produktionsnetzwerke und um indirekte Steuerungsformen, die an der Subjektivität der Beschäftigten ansetzt.

PROKLA 151 (Juni 2008): Gesellschaftstheorie nach Marx und Foucault

Nachdem in den 1960er und 70er Jahren kritische Gesellschaftstheorien vor allem im Anschluss an Marx formuliert wurden, ist in den 1980er und 90er Jahren Foucault zu einem entscheidenden Stichwortgeber geworden. Dabei blieb das Verhältnis von Marx und Foucault allerdings recht unklar: Foucault, der sich selbst keineswegs als Marxist verstand, knüpfte in wichtigen Feldern an Marx an, wurde in der Debatte aber auch immer wieder gegen Marx in Stellung gebracht. Ob die Formation der „Diskurse“ gegen die „Materialität“ der gesellschaftlichen Verhältnisse stehen oder deren Bestandteil sei, blieb genauso unklar wie das Verhältnis der Foucaultschen „Mikrophysik der Macht“ zum Marxschen Begriff von Herrschaft und Ausbeutung. Allerdings soll es in diesem Heft nicht um werksgeschichtliche Aufarbeitungen gehen, vielmehr soll untersucht werden, auf welche Weise heute, im Anschluss an Marx und/oder Foucault gesellschaftliche Herrschaftsverhältnisse analysiert und der Widerstand dagegen konzipiert werden kann.

Susanne Heeg, Marit Rosol

Neoliberale Stadtpolitik im globalen Kontext. Ein Überblick

Einleitung

Die Frage, ob städtische Politik im Zuge der grundlegenden gesellschaftlichen Transformationsprozesse jeglichen Handlungsspielraum verloren habe oder aber im Gegenteil eine Aufwertung stattgefunden habe, beschäftigt die Stadtforschungsliteratur seit über zwei Jahrzehnten (vgl. exemplarisch Heeg 1998; Peck/Tickell 1992; 1994; Krätke/Schmoll 1987; Mayer 1991; Ronneberger/Schmid 1995). Empirisch lassen sich einerseits die Überantwortung neuer Aufgaben, die Etablierung einer neuen Position als direkte Verhandlungspartnerin mit transnationalen Unternehmen, die Einbeziehung neuer Akteure und allgemein die gestiegene Flexibilität lokaler Regierungen feststellen. Andererseits sind jedoch vor allem finanzielle Beschränkungen und die Verabschiedung von vielen vormals staatlich-kommunalen Aufgaben, sowohl im sozialen Bereich als auch in der räumlichen Planung zu konstatieren. Roland Roth folgt daraus, dass sich gerade die lokale Ebene zu einem zentralen Experimentierfeld für neue post-fordistische Regulationsweisen herausbildete (Roth 1998: 107ff.).

Es existieren sehr unterschiedlichen Einschätzungen hinsichtlich der Handlungsspielräume für progressive Politiken auf lokaler Ebene. Einige AutorInnen schließen die Möglichkeit sozial progressiver Projekte und Allianzen auf städtischer Ebene im Zuge der gesellschaftlichen Transformationsprozesse zumindest nicht aus (u.a. Mayer 1994a: 327). Anderen AutorInnen zufolge verengen jedoch die neoliberale Umstrukturierung städtischer Politiken sowie das down-scaling nationaler Verantwortlichkeiten und Kompetenzen den Spielraum für sozial innovative urbane Konstellationen extrem (so Peck/Tickell 1994: 299,307). Während Peck und Tickell also folgerten, dass aufgrund der neoliberalen Globalisierung jedweder Optimismus hinsichtlich erweiterter Handlungsspielräume in die Irre führe (Peck/Tickell 1994: 281), stellte Mayer zunächst einmal fest, dass „die neuen, „deregulierten“ Bedingungen lokaler Politik weder ruinöser noch emanzipatorischer sind als die durch wohlfahrts- und zentralstaatliche Imperative gesetzten, sondern anders“ (Mayer 1990: 191f.). Sie plädierte konsequenterweise für konkrete empirische Untersuchungen spezifischer lokaler Konstellationen.

Dies ist auch das Anliegen der in diesem Heft versammelten empirischen Beiträge. Im vorliegenden Beitrag geht es hingegen darum, generelle Tendenzen neoliberaler Stadtentwicklung im globalen Norden wie Süden überblicksartig vorzustellen, um eine Einordnung lokaler Studien zu ermöglichen. Dazu werden wir im Folgenden zunächst wichtige Erkenntnisse kritischer Stadtforschung – die v.a. im und für den globalen Norden herausgearbeitet wurden – vorstellen. Anschließend fassen wir wichtige Prozesse und Phänomene der Stadtentwicklung im Süden zusammen. Im abschließenden Fazit geht es um die selektive Herausarbeitung von Ähnlichkeiten, Unterschieden und Zusammenhängen von Stadtentwicklung im Norden wie im Süden. Dabei geben wir gleich zu bedenken, dass ein solcher Vergleich notwendigerweise mit Verkürzungen und Homogenisierungen sehr unterschiedlicher nationaler und lokaler Gegebenheiten sowie konstruierten Binaritäten einher geht. Hinzu kommt, dass wir in unserer Auswahl von Entwicklungen notwendig selektiv vorgehen müssen, da Stadtentwicklung im Norden und Süden ein zu umfangreiches Themenfeld ist, um es vollständig zu bearbeiten. Letztlich geht es bei all dem um die Frage, was die Verschiebung neoliberaler Strategien und struktureller Entwicklungen heute für kritische Stadtforschung und emanzipatorische Praxis im globalen Kontext bedeutet.

1. Neoliberalisierung von Stadtentwicklung Stand und Entwicklung der Debatte

1.1 Die „unternehmerische Stadt“

Seit den 1980er Jahren finden weitreichende Veränderungen sowohl der sozio-ökonomischen Strukturen von Städten als auch innerhalb des Städtesystems statt. Hintergrund dessen sind zurückgegangene Möglichkeiten des Nationalstaates, weiterhin auf fordistisch-keynesianische Art und Weise redistributiv für Arbeitsplätze, Wohlstandsteigerung und einen gewissen sozialen Ausgleich zu sorgen. Eine Kombination von Prozessen neoliberaler Globalisierung und einer Reorganisation des Nationalstaates trug dazu bei, mehr und mehr Entscheidungskompetenzen auf subnationale und supranationale Ebenen zu verlagern (Brenner 2004a). Veränderungen auf der urbanen Ebene werden dabei als Übergang zur „unternehmerischen Stadt“ diskutiert (Harvey 1989). Der Begriff der „unternehmerischen Stadt“ wurde geprägt als Ausdruck des grundlegenden Wandels von lokalen Politikformen, Problemdefinitionen und Aufgabenwahrnehmungen durch den lokalen Staat.

Politisch werden dabei Argumentationsmuster angewendet, wonach Städte – begründet mit der notwendigen Anpassung an die Globalisierung – einem verschärften Standortwettbewerb und Städtekonkurrenz ausgesetzt sind und darauf mit einer Aufwertung und einem Ausbau der städtischen Potenziale reagieren müssten. Im Rahmen einer neuen Arbeitsteilung der verschiedenen staat-

lich-räumlichen Ebenen sollen die Kommunen und Regionen selbst stärker Wirtschaftswachstum fördern und steuern. Mayer nennt dies einen Wandel von der bloßen Verwaltung zum unternehmerischen Management, zur aktiven Initiierung von Unternehmensansiedlung und neuen Kooperationsformen. Denn – auch wenn je nach nationalstaatlicher Tradition sehr unterschiedlich im Detail – den Kommunen oblag im Fordismus vor allem die Ausführung und Verwaltung nationalstaatlicher Politik auf lokaler Ebene (vgl. u.a. Heeg 1998; Brenner 2004b; Wollmann 2006). Kommunale Politik konzentrierte sich dabei insbesondere auf sozialstaatliche und infrastrukturelle Maßnahmen (Stadterweiterung, Wohnungsbau, Flächensanierung, Ausbau von Verkehrswegen und Wohnfolgeeinrichtungen). Ein zentrales Ziel unternehmerischer Stadtpolitik besteht demgegenüber im Versuch, private Kapitalakkumulation durch die Verbesserung von harten und weichen Standortfaktoren zu stimulieren (vgl. auch Hall/Hubbard 1998). Um in der beschriebenen Konkurrenzsituation das Profil des Standortes zu schärfen, werden Differenzen betont, Imagepolitiken betrieben, werden „natur- oder kulturräumliche Eigenschaften des jeweiligen Ortes betont oder sogar produziert.“ (Mayer 1990: 195, 200ff.). Die Konkurrenz, die inzwischen zwischen Städten herrscht, hat nach David Harvey (1989) mehrere Dimensionen. Konkurriert wird um: die Position als Produktionsort in der internationalen Arbeitsteilung, die Position als Konsumzentrum, (finanzielle, administrative und informationelle) Kontroll- und Befehlsfunktionen sowie nationalstaatliche Fördermittel, die nur noch selektiv verteilt und nicht mehr breit gestreut werden.

Diese veränderte Sichtweise sowie die veränderten materiellen Gegebenheiten führten zu mehrfachen Neuorientierungen lokaler Stadtpolitik, die im Folgenden kurz umrissen werden sollen.

Von government zu governance

Die genannten Maßnahmen und Formen von Stadtpolitik zeichnen sich zunächst durch neue Vorstellungen der Steuerung und des Regierens aus. Während in der Nachkriegszeit korporatistische Verhandlungsformen der politischen Interessenvermittlung überwogen, die stark auf der Trennung zwischen Markt und Staat aufbauten, so dominieren inzwischen die Aushandlungen zwischen privaten, semi-öffentlichen und öffentlichen Akteuren. Diese Aushandlungen werden vermittelt durch Netzwerke, Kooperationen und den Aufbau von Partnerschaften zwischen wichtigen privaten und öffentlichen Akteuren. Es etablieren sich also öffentlich-private Kooperationen, die zwar nicht völlig neu sind, aber seit den späten 1980er Jahren eine neue Dimension erreicht haben (Mayer 1994b). Mit dem (begrifflichen und materiellen) Wandel von *government* zu *governance* soll also ausgedrückt werden, dass nicht die traditionelle hierarchisch-anordnende Form des Regierens allein durch den Staat im engeren Sinne im Vordergrund steht, sondern eine neue Form im

Sinne eines pluralistischen, horizontalen und netzwerkförmigen Steuerungsmodus und Politikstils (Martin et al. 2003: 115f.). *Governance* beinhaltet also vor allem Veränderungen auf der polity-Ebene, d.h. der Ebene der Institutionen und AkteurInnen, gleichzeitig jedoch auch Veränderungen der politics, d.h. der Politikformen. Insgesamt verweist der Begriff *governance* auf die Abschwächung staatszentrierter Politikmuster, eine institutionelle Öffnung für nicht-staatliche und nicht-gewählte AkteurInnen (vom privaten Investor bis zu gemeinnützigen Stadtteilorganisationen) sowie eine zunehmende Unschärfe des Politischen und der entscheidenden AkteurInnen (Roth 1998: 111). Kennzeichnend für diese Form von *governance* als einer vermeintlich partnerschaftlichen Zusammenarbeit von Regierungen, Zivilgesellschaft und Wirtschaft ist, dass machtpolitische Ungleichgewichte ausgeblendet werden.

Privatisierung und Kommodifizierung

Privatisierungs- und Kommodifizierungstendenzen zeigen sich vor allem in rentablen Bereichen des kollektiven Konsums, die vormals öffentliche Aufgaben waren (vgl. u.a. Rügemeier 2006; Krüger/Ugarte Chacón 2006), wie u.a. Wohnungsbau, öffentlicher Nahverkehr sowie Gas- und Wasserversorgung, Abfallwirtschaft, aber auch Schwimmbäder und öffentliche Grünflächen (Mayer 1994b: 442). Im Bereich des kollektiven Konsums sank nicht nur der Anteil der kommunalen Ausgaben massiv, auch die Erbringung dieser Dienstleistungen wird zunehmend privaten AkteurInnen (von gewinnorientiert bis gemeinnützig) überlassen, dabei oft weiterhin reguliert und kontrolliert durch die Kommune. Bei Neuplanungen geschieht dies oft in Form von Public-Private-Partnership bzw. im Rahmen städtebaulicher Verträge, welche den InvestorInnen einen Teil der Erstellung der notwendigen Infrastruktur auferlegen – je nach Rahmen und Verhandlungsgeschick zu mehr oder weniger günstigen Bedingungen für die Kommune.

Gleichzeitig existieren auch in der unternehmerischen Stadt weiterhin massive lokalstaatliche Interventionen, u.a. durch ein quantitativ ausgeweitetes kommunales Ausgabevolumen für wirtschaftsfördernde Maßnahmen. Offensichtlich ist also eine staatliche Umverteilungspolitik „von unten nach oben“ eine zentrale Begleiterscheinung der „unternehmerischen Stadt“ (Heeg 1998: 16ff.). Während die Ansiedlung von Unternehmen sowie die Bildung von Wohneigentum weiterhin hoch subventioniert bleibt, finden gleichzeitig bei sozialpolitischen Maßnahmen und Einrichtungen massive Kürzungen statt.

Festivalisierung von Stadtpolitik

In den letzten zwei Jahrzehnten lässt sich in einer Vielzahl von Städten der Versuch erkennen, über medial aufbereitete Großereignisse (z.B. Expo, Olympiade) und Großprojekte (Waterfront- sowie weitere Revitalisierungsprojekte) auf die jeweilige Stadt aufmerksam zu machen (Häußermann/Siebel 1993).

Ziel ist in der Regel, durch die Konzentration der Ressourcen, die Mobilisierung regionaler/städtischer Kräfte und die Umsetzung neuer administrativer Arbeitsweisen und Strukturen an Bekanntheit zu gewinnen, potenzielle Investoren anzuziehen und öffentliche Gelder einzuwerben (Selle 1993). Charakteristisch ist die Organisation der Veranstaltung durch öffentlich-private Entwicklungsgesellschaften, welche die Umsetzung durch eine Hand garantieren sollen. Im Unterschied zu früheren Großprojekten z.B. im sozialen Wohnungsbau weisen die heutigen Großprojekte kaum noch eine Orientierung an einer langfristigen Verbesserung der Lebensverhältnisse für die „breite Masse“ auf. Hinzu kommt, dass diese quasi-privaten Organisationen öffentlicher Kritik nur schwer zugänglich sind.

Territoriale Kontrollstrategien

Mit dem Übergang zum „Unternehmen Stadt“ wird auch eine Solidarität administrativen Typs abgelöst, die von der Stadt als paternalistischer Verteilungsagentur ausgeführt wurde. Inzwischen dominieren Versuche zum Umbau des städtischen Raums zu urbanen Dienstleistungsmetropolen mit kontrollierten Erlebnis- und Konsumräumen. Im Zuge dessen wird Stadt zunehmend zu einem umkämpften Terrain (Spacelab 1997), in dem um die Herstellung und Kontrolle hochwertiger Konsumtionsräume gestritten wird. Territoriale Kontrollstrategien beziehen sich dabei vor allem auf die innenstadtnahen Räume, die die Visitenkarten der Stadt darstellen sollen. Im Zuge dessen haben sich in vielen Großstädten Allianzen aus Geschäftsleuten und städtischer Verwaltung etabliert, die die Überwachung innenstadtnaher Räume und die Selektion ihrer NutzerInnen übernehmen (vgl. dazu auch den Beitrag von Töpfer/Eick/Sambale in diesem Heft). Verschiedene Submilieus, für welche gerade die Innenstädte wichtige Aufenthalts-, Anlaufs- und Reproduktionsräume darstellen, sind zunehmend Maßnahmen zur Vertreibung ausgesetzt, da sie nicht mit Vorstellungen einer aufgewerteten Einkaufs-, Erholungs- und Bürozone zusammen passen. Eick konstatiert bei dieser Entwicklung eine zunehmende Abgabe staatlicher Ordnungs- und Kontrollbefugnisse an einen Mix von staatlich-privaten Akteuren mit unklaren rechtlichen Zuständigkeiten (Eick 1998). Diese Form der Kontrolle sichert Räume und reguliert Situationen, indem sichtbare Erscheinungsformen städtischer Armut und damit Irritationen für KonsumentInnen ausgeschlossen werden.

Wandel von der MieterInnen- zur EigentümerInnenstadt

Ein wichtiger Bestandteil einer „unternehmerischen Stadtpolitik“ ist der Versuch, die besitzende Mittelschicht und hochqualifizierte Bevölkerungsgruppen in den Städten zu halten. Zugleich soll der Standort durch einen qualitativ hochwertigen Wohnungsbestand für internationale Fachkräfte, und damit für Unternehmen attraktiv werden. Wohnungspolitik beinhaltet in diesem Zu-

sammenhang immer weniger Maßnahmen des sozialen Wohnungsbaus und seiner Bewirtschaftung, sondern einer Förderung des Erwerbs von Eigentum, indem Baugrundstücke – häufig unter Marktwert – an Selbstnutzer abgegeben werden, steuerliche Nachlässe (durch den Nationalstaat) gewährt werden und durch direkte finanzielle Förderung. Häufig geht dies – unter selektivem Rückgriff auf die Stadtgeschichte – mit einer Stilisierung eines neuen Stadtbürgerums einher. Zugrunde liegt die Behauptung, dass durch den privaten Besitz eine erhöhte Verantwortung für die Umgebung sicher gestellt werden kann.

1.2 Neuere Strategien eines „weichen Neoliberalismus“: Die Aufwertung des Quartiers, die Erfindung lokaler Gemeinschaften und die Vereinnahmung von Protest

Flankiert werden diese unternehmerischen Stadtentwicklungsstrategien seit Mitte der 1990er Jahre mit Programmen, die den subkommunalen Raum zur Bekämpfung von Armut und sozialer Exklusion aktivieren wollen (vgl. ausführlicher dazu Mayer 2003a: 267ff.; Künkel 2004; Lanz 2000; DeFilippis et al. 2006; Imrie/Raco 2003). Unternehmerische Strategien werden also nunmehr ergänzt um selektive sozial-integrative Programme auf Quartiersebene. Dieses kann als weiteres „down-scaling“ von staatlichen Aufgaben und Verantwortungsbereichen betrachtet werden. Dabei werden auch ehemals eher mit Protestbewegungen in Verbindung gebrachte Elemente wie Selbsthilfe, neue Lebensformen, neue soziale Dienste des Dritten Sektors sowie eine kulturelle alternative „Szene“ und allgemein freiwilliges Engagement von unternehmerisch orientierten Stadtverwaltungen aufgegriffen und als „endogene Potenziale“ für das Standortmarketing und das *Outsourcing* vormals städtisch-staatlicher Aufgaben genutzt (Roth 1990: 216). Dabei spielt auch Empowerment im Sinne von Selbst-Aktivierung der Betroffenen eine große Rolle (Mayer 2003a: 269). Somit ist die marktwirtschaftliche Ausrichtung der Politik einerseits und die gleichzeitige Anrufung der Zivilgesellschaft und lokaler Gemeinschaften, der Aufwertung von Drittem Sektor und ehrenamtlichem Engagement andererseits keinesfalls ein Widerspruch. Auf lokaler Ebene wird nicht nur unternehmerischer Geist gefördert, sondern gleichzeitig sollen kompensatorisch neue Formen sozialen Zusammenhalts gefunden und praktiziert werden. Letzteres steht im Mittelpunkt der Debatte um das ‚Sozialkapital‘, welche sich überwiegend auf Robert Putnam bezieht und dabei die Bourdieusche Variante, welche ‚soziales Kapital‘ als gesellschaftlich ungleich verteilte Ressource von Individuen begreift, in der Regel ausklammert (dazu kritisch u.a. Mayer 2003b; Roth 2003; Evers 2002).

Der Bezug auf lokale oder Überzeugungs-Gemeinschaften wird intensiv im Rahmen der auf Foucault zurückgehenden *governmentality studies* als neue Form des Regierens diskutiert (vgl. u.a. Lemke 2002; Evers 2002). Der briti-

sche Soziologe Rose identifiziert „eine neue Politik der Führung, welche BürgerInnen als moralische Subjekte verantwortlicher Gemeinschaften zu rekonstruieren versucht“ (Rose 2000a: 1395). Damit soll eine Selbst-Regierung erreicht werden gemäß einer moralischen Definition von angemessenem individuellem und gemeinschaftlichem Verhalten. Diese neue Strategie des Regierens, welche Rose „*governing through community*“ nennt, kombiniert die politische Rationalität eines neoliberalen Ethos von Selbst-Verantwortung mit dem neokommunitaristischem Ideal von aktiver Bürgerschaft und Gemeinsinn (Rose 2000b: 85f.).

Aktuell heißt dies: auch wenn Erkenntnisse und Analysen zur „unternehmerischen Stadt“ weiterhin in hohem Maße gültig sind, so sind seitdem doch neuere Entwicklungen zu konstatieren. Es haben sich sowohl neoliberale Strategien verstärkt, verlagert, abgeschwächt, neu- oder weiterentwickelt als auch der Fokus der Debatte verschoben.

Ob es aufgrund dieser Tendenzen weiterhin gerechtfertigt ist, allein von der ‚unternehmerischen Stadt‘ zu sprechen, ist umstritten. Brenner (2004b) z.B. geht davon aus, dass sich nach den rein unternehmerischen Strategien der 1980er Jahre seit Beginn der 1990er Jahre qualitativ veränderte Strategien auf lokaler Ebene zur Bewältigung der Fordismuskrise herausgebildet hätten. Auch andere AutorInnen sehen die kommunalen Strategien der 1990er Jahre bereits weniger als Reaktion auf die externe Krise der 1970er Jahre, sondern zumindest auch als Antwort auf innere Widersprüche und Krisentendenzen des neoliberalen Projektes selbst, weshalb sie von einem „rolling out neoliberalism“ sprechen (Peck/Tickell 2002: 12).

2. Stadtentwicklung und Städtepolitik des Südens: Streiflichter

Es stellt sich die Frage, inwieweit Städte des Südens und des Nordens gleichermaßen von den genannten neoliberalen Strategien der Stadtentwicklung geprägt sind und inwiefern strukturelle Unterschiede bestehen. Ein Argument für ähnliche Entwicklungen ist, dass in Städten des Nordens wie des Südens übergeordnete strukturelle Entwicklungen wie die Integration der Finanzmärkte, die Beseitigung nationaler Handelshemmnisse, die Erweiterung des Handlungsraums transnationaler Unternehmen, die Deregulierung und Privatisierung wohlfahrtsstaatlicher Leistungen etc. wirken. Viele Städte sind in der Folge von ähnlichen Konsequenzen geprägt: Zunahme der sozialen Ungleichheiten, Fragmentierung des städtischen Raums, Segmentierung der Stadtökonomie, Umverteilung von Unten nach Oben etc. Doch, obwohl in den Arbeiten von Taylor (2004) und Sassen (2000) inzwischen einige Städte des Südens auf der Weltkarte des globalen Wachstums und der World Cities aufgetaucht sind, wäre es falsch davon auszugehen, dass eine Angleichung an den Westen und eine globale Homogenisierung der städtischen Entwicklungspfade stattfinden

würde (vgl. Robinson 2002). Gegen diese Homogenisierungsannahme spricht, dass Städte des Südens und Nordens weiterhin von unterschiedlichen Ausgangsbedingungen geprägt sind, die zum Teil den prekären staatlichen und wirtschaftlichen Strukturen infolge nachwirkender kolonialer Traditionen geschuldet sind.

In dieser schwierigen Landschaft zwischen Verschwinden, Vergessen, Ausdifferenzieren und Homogenisieren von Städten des Südens im Vergleich zu denen des Nordens möchten wir im Folgenden wichtige Kennzeichen der Stadtentwicklung im Süden vorstellen.

2.1 Die Schuldenkrise, Strukturanpassungsmaßnahmen und ihre Folgen

Offensichtlich betrafen staatliche Restrukturierungen und insbesondere ein Rescaling of Statehood in der Form einer Abgabe von Regelungskompetenz vom Nationalstaat an subnationale Ebenen eine Vielzahl von Ländern – unabhängig vom Umstand, ob es sich um sogenannte Industrieländer oder Entwicklungsländer handelt. Während jedoch – wie Jessop (1997), Brenner (2004a) und andere betonen – der staatliche Umbau im Norden sich aus der Diskussion von Globalisierungsanforderungen und einem politischen Kräfteverhältnis innerhalb der jeweiligen Länder ergibt, so ist dieser Umbau im Süden noch auf weitere Bedingungen zurückzuführen und nimmt andere Formen an.

Für den Süden wird ein Abbau bzw. eine Zerstörung staatlicher Kapazitäten vor allem infolge von Strukturanpassungsprogrammen konstatiert (vgl. u.a. Böge 2004; Davis 2004).¹ Als Antwort auf die – wesentlich durch Reagans Hochzinspolitik verursachte – Schuldenkrise der 1980er Jahre wurde von global tätigen Finanzorganisationen wie insbesondere dem Internationale Weltwährungsfonds (IWF) und der Weltbank Hilfen gewährt, die mit rigiden Auflagen einher gingen. Diese Bedingungen für Hilfen und Schuldenerlass spiegeln neoliberale Grundüberzeugungen und wirtschaftliche Interessen der nördlichen Geldgeber von IWF und Weltbank (sowie später WTO) wider. Ziele der Auflagen waren – ohne Rücksicht auf die spezifische Situation eines Landes – wirtschaftliche Deregulierung und Öffnung der Märkte, die sich in Maßnahmen wie Abwertung der nationalen Währungen, Privatisierung öffentlicher Unternehmen/Infrastruktur, Beseitigung von Importkontrollen und Abbau von Preisregulationen bzw. Subventionen im Bereich von Grundnahrungsmitteln

1 Zugleich gibt es Studien, die eine Erosion von Staatlichkeit in südlichen Ländern auf interne Faktoren zurückführen. Unter anderem wird auf schwach ausgeprägte Staatsbildungsprozesse als Folge des Kolonialismus und/oder auf die Folgen von Diktaturen und Bürgerkriegen verwiesen. Wie Bodo Schulze (2007: 16) bemerkt, sind eine Vielzahl der Studien singuläre Länderstudien, die nur selten in vergleichenden Studien zusammengeführt werden und nur einen geringen theoretischen Gehalt aufweisen. Zudem setzten viele Arbeiten liberale Demokratien der OECD-Welt als ideologischen Fixpunkt, wodurch Analysen häufig „biased“ wären.

und ihrer Produktion sowie *Downsizing* des öffentlichen Sektors durchsetzen.² Diese Maßnahmen bedeuteten einen direkten Durchgriff auf staatliche Organisation und gesellschaftliches Leben.

Die Folgen waren erhöhte Armut und Ungleichheit, die sich vor allem in den Städten konzentrierten und dort zu einer Vervielfachung der lokalen Problemlagen führten. Die Kürzung öffentlicher Ausgaben schlugen sich in einem Rückgang der öffentlich Beschäftigten, der Investitionen in städtische Infrastrukturen (Gesundheit, Wasser, Bildung etc.), der Agrarsubventionen sowie einem Abbau der Unterstützung importsubstituierender Industrien und Privatisierung nationaler Schlüsselindustrien nieder (Packer 2006; Davis 2004). Für den Fall Brasilien zeigt Lanz (2004) z.B., wie das Land im Zuge von Strukturanpassungsprogrammen deindustrialisiert, dessen öffentliches Eigentum geplündert und sozialpolitische Funktionen des Staates zerstört worden waren. Brasilien sei in der Konsequenz durch eine verarmte Mittelklasse und soziale Polarisierungen geprägt. Es besteht eine breite Übereinkunft in der Diagnose der damit einhergehenden Probleme: Zunahme von Arbeitslosigkeit, Bedeutungsverlusts formaler Beschäftigungsverhältnisse, Landflucht und damit einhergehende Ausbreitung von informellen Ökonomien und Siedlungen (UN-Habitat 2003: 6; Sabir 1995).

Inzwischen geht man davon aus, dass die Slumbevölkerung in den am wenigsten entwickelten Ländern rund 78% der städtischen Bevölkerung ausmacht; weltweit trifft dies auf 30% der städtischen Bevölkerung zu (UN-Habitat 2003: 2f.). In Nigeria erstreckt sich ein Band von Slums mit 70 Mio. EinwohnerInnen von Lagos als der am schnellsten wachsenden Stadt der Welt bis Ibadan (UN-Habitat 2003: 50; Packer 2006). Gleichzeitig hat die Arbeit im informellen Sektor deutlich im Vergleich zum formellen Sektor gewonnen. In Lateinamerika sollen inzwischen 57% der Arbeitskräfte im informellen Sektor arbeiten (Economist, 21.3.1998). Der UN-Habitat-Bericht konstatiert, dass 33 bis 40% der Arbeitskräfte in Asien, 60 bis 75% in Zentralamerika und 60% in Afrika im informellen Sektor arbeiten (UN-Habitat 2003: 104). Dahinter verbergen sich neben einem Rückgang von formellen Arbeitsverhältnissen die Zunahme der Unsicherheit in Beschäftigungs-, Einkommens- und weiteren sozialen Verhältnissen.

2.2 Prozesse und Phänomene von Stadtentwicklung im Süden

Aus all dem resultieren soziale Polarisierungen und räumliche Fragmentierungen, die besonders in den folgenden eng miteinander verknüpften Bereichen deutlich werden.

2 Erstmals wurden neoliberale Strategie während der chilenischen Militärdiktatur nach dem Putsch von 1973 (mit Unterstützung von Mitarbeitern Milton Friedmans) in der Praxis durchgesetzt, bevor sie in den Norden (v.a. USA und UK) re-importiert wurden.

Privatisierung von Sicherheit und die Entstehung kleinräumiger Gewaltordnungen

Als ein Ergebnis staatlicher Restrukturierungen ist eine Veränderung im Bereich von Sicherheit festzustellen (Böge 2004: 2). In vielen Ländern lassen sich neue Formen der Sicherheitsorganisation auf subnationaler Ebene erkennen. An Stelle eines vertikal organisierten staatlichen Gewaltmonopols, das in einem abgegrenzten nationalen Territorium wirkt, setzen sich mehr oder minder konkurrierende Einrichtungen der Gewaltanwendung und -kontrolle durch. Diese neu entstehenden Formen sind Ergebnis wie Motor des Zerfalls staatlicher Ordnung. Zum Teil stellen neue Gruppen bestehende staatliche Gewaltordnungen infrage; zum Teil wachsen neue Machthaber im Vakuum staatlichen Rückzugs heran und unterminieren damit das staatliche Gewaltmonopol weiter; zum Teil – wie Lopes de Souza (2004) im Falle von brasilianischen Städten argumentiert – gibt es territoriale Pakte zwischen staatlichen und privaten Sicherheitsorganisationen. Dadurch wird Sicherheit „in vielen Weltregionen ein teils öffentliches, teils privates, stets wertvolles Gut, das von unterschiedlichen (staatlichen, gemeinschaftlichen und privaten) Akteuren gleichzeitig produziert und vernichtet wird“ (Basedau 2005: 12).

Die Macht entsprechender Akteure kann mehrere Ursprünge haben: sie kann auf bestimmten Traditionen sowie auf lokaler Identitätspolitik beruhen, sie kann gewaltförmig bzw. politisch erkämpft und sie kann von der Bevölkerung zugeteilt worden sein. Unabhängig davon, über welche Macht Akteure verfügen, resultiert diese aus dem Entstehen eines Marktes, auf dem Sicherheit zum nachgefragten und knappen Gut wird. Häufig bilden sich in den Städten als Reaktion auf Unsicherheitssituationen in abgrenzbaren Territorien neue Gewaltoligopole heraus. Damit einher gehen Versuche der (Re-)Monopolisierung von Gewalt durch mikroterritoriale Machthaber, die neue Gewalt hervorbringen. Eine Folge sind permanent umkämpfte kleinräumige Gewaltordnungen, die zu einer weiteren Fragmentierung des städtischen Raums führen.

Packer (2006) sowie McIlwaine/Moser (2001) argumentieren, dass die Garantie von Sicherheit bzw. das Abwenden von Vergehen zu einem Geschäft wird, das von der territorialen Segmentierung lebt. Das „Mikroterritorium“ bietet die Möglichkeit, einerseits über Androhung bzw. Anwendung von Gewalt sich partikuläre Vorteile zu verschaffen; andererseits versuchen die mikroterritorialen Machthaber durch karitative Tätigkeiten und Identitätspolitik den Zustimmung bzw. loyales Verhalten der Bevölkerung zu erzielen. Die geschaffene Ordnung/Unordnung hat also zwei Seiten: Zum einen stellen die mikroterritorialen Machthaber Ordnungsfaktoren, Identitätsstifter und Arbeitgeber dar. Gleichzeitig üben sie eine Form der Tyrannei und Kontrolle über die lokale Bevölkerung aus, wodurch Lebensmöglichkeiten eingeschränkt werden.

Gewaltökonomien

Untersuchungen in Jakarta (Schulze 2007), in Lagos (Packer 2006), in Rio de Janeiro (Lopes de Souza 2004) und in verschiedenen Städten in Kolumbien und Guatemala (McIlwaine/Moser 2001) belegen das Entstehen von mikroterritorialen Sicherheits- und Unsicherheitsstrategien aufgrund eines Macht- und Legitimitätsvakuum – hervorgerufen durch einen Rückzug des Staates. In diesem Zusammenhang hat eine Vielzahl von Studien die Etablierung von neuen Gewaltökonomien zum Thema. In Gebieten mit wenigen Erwerbsmöglichkeiten eröffnet die Mitgliedschaft in Gangs bzw. Banden den Zugang zu attraktiven Verdienstmöglichkeiten. Zu beachten ist dabei, dass die illegalen Tätigkeiten in Gebieten, die nicht mehr oder kaum noch der staatlichen Kontrolle unterliegen, in vielfacher Weise mit der „legalen“ Stadt verbunden sind. Lopez de Souza (2004) weist darauf hin, dass die Konsumenten der Drogen (die in den Favelas versteckt und von dort ausgehend verteilt werden) überwiegend in Gebieten der Mittel- und Oberschicht sitzen würden. Schulze (2007: 78ff.) zeigt, dass Schutzgelderpressungen in bestimmten Gebieten mit der Duldung von Politikern möglich werden.

Gated communities

Ungeachtet der Unterschiede zwischen den Funktionsweisen und Ausrichtungen der jeweiligen Gewaltökonomien, verweisen die Analysen darauf, dass die Territorialisierung der Slums eine Voraussetzung in der „Unordnung“ auf gesamtstädtischer Ebene hat. Ähnlich wie Lopez de Souza (2004) betont auch Lanz (2004) in Bezug auf Brasilien, dass Entstaatlichung von Sicherheit und Verarmung der Bevölkerung eine massive Fragmentierung des städtischen Raums mit räumlichen Pendanten wie gated communities der Vermögenden auf der einen Seite und Ghettos der Armen und Ausgegrenzten auf der anderen Seite begünstigt hat. Dies wird in einer Vielzahl von Veröffentlichungen mit Verweis auf die rasante Zunahme von gated communities belegt (Glasze et al. 2006, Themenhefte GeoJournal 1-2/2006, Dialog 2/2006 und Environment and Planning B 3/2003 zu diesem Thema). Dabei handelt es sich bei dem Thema um eine „Neuerung“, die im Norden, genauer, in US-amerikanischen Städten, ihren Anfang genommen hat.

Längst ist diese Wohn- und Bauform aber in Städten des globalen Südens angekommen und findet aufgrund der o.g. (Un-)Sicherheitskonstellationen besondere Verbreitung (Grant 2005; Plöger 2006). Während bis in die 1980er Jahre in vielen Städten gated communities eine Wohnform der gehobenen Mittel- und Oberschicht darstellte, setzten sie sich ab den 1980er Jahren auch in Wohngebieten der unteren Mittelschicht durch. Die abgeschlossenen Nachbarschaften können als eine Strategie der Wiederherstellung sozialräumlicher Grenzen und des Gefühls räumlicher Kontrolle interpretiert werden (Plöger 2006: 372). Inwieweit dies gelingt, hängt unter anderem von der finan-

ziellen Zahlungsfähigkeit und -bereitschaft der BewohnerInnen in ihnen ab. Die gated communities unterscheiden sich dahingehend, ob sie über Wachpersonal und/oder Hausmeister verfügen, ob das Viertel bzw. die Nachbarschaft umzäunt bzw. mit einem Gitter versehen ist, ob es Freizeitanlagen und eine interne Bewohnervertretung gibt.

Diese Tendenzen werden von zwei unterschiedlichen Akteursgruppen vorangetrieben: von Nachbarschaftsvereinigungen mit kleinräumigen Interessen (Plöger 2006: 373) und von Projektentwicklern und Bauunternehmen, die dieses Geschäftsfeld für sich nutzen (Coy 2006). Dass diese Akteursgruppen ein großes Gewicht erhalten können, hängt wiederum mit einem Macht- und Regulierungsvakuum des Staates zusammen. In der Folge lassen sich in vielen Städten des globalen Südens – eher jedoch in Lateinamerika und Asien als in Afrika – Entwicklungen ausmachen, dass zum einen bestehende Viertel nachträglich „sicherheitsaufgerüstet“ und „befestigt“ werden und zum anderen neue Viertel entstehen, die Sicherheit, Gitter, Exklusivität und Abgrenzung von Anfang an in ihr Verkaufs- und Vertriebskonzept integrieren.

Insgesamt bedeutet dies eine Zerfaserung des städtischen Gefüges und eine zunehmende Unsicherheit in solchen Gebieten, die sich privatwirtschaftliche Formen der Sicherheitsgewährleistung nicht leisten können.

Ersatzökonomien

Als Reaktion auf eine Prekarisierung und zunehmende Unsicherheit setzen sich Widerstands- und Bewältigungsstrategien in den am stärksten marginalisierten Vierteln durch. Lanz (2004) berichtet für brasilianische Großstädte von Ersatzökonomien und der Durchsetzung von Formen der Gegenkultur. Er versteht Ersatzökonomien als alternative Kreisläufe zu kapitalistischen Wirtschaftsformen. Sie stellen kollektive Widerstandsformen gegen eine Verelendung in den Slums dar, um mittels paralleler Kreisläufe der Produktion, des Konsums und der Verteilung von Gütern die soziale Reproduktion zu sichern.

Damit handelt es sich Lanz (2004: 11) zufolge nicht „nur“ um lokale Überlebensgemeinschaften – auch wenn sie als solche möglicherweise begonnen haben –, sondern um den Willen, neue Lebensräume und -möglichkeiten zu schaffen. Zum Teil werden diese als außerhalb der kapitalistischen Verwertungszusammenhänge konzeptionalisiert (vgl. den Bericht zu Gesundheits- und Bildungsprojekten von Draguricevich 2004) und zum Teil werden sie als selbstorganisierte, kollektive Einheiten innerhalb kapitalistischer Austauschrelationen verstanden (vgl. Bericht zu besetzten Fabriken von Zibechi 2004). Beispiele wie das Kollektiv der Abfallsammler in Buenos Aires (Córdoba/ López 2004) oder der Initiativen von Frauen, die in Rio de Janeiros größter Favela Textilien herstellen und überregional bzw. international verkaufen (Rohlf 2007) zeigen, dass die Vorstellung von lokal begrenzten Produktions- und Handelsnetzen nicht mehr zutreffen. Vielmehr handelt es sich um urbane Be-

wegungen, die sich trotz oder wegen prekärer Bedingungen neue Möglichkeiten in einer Bewegung des Protests und der Selbstorganisation erschließen. Damit stellt sich abschließend die Frage nach der Bedeutung von sozialen Bewegungen für die Produktion, Reproduktion und Veränderung von Städten im Süden.

2.3 Soziale Bewegungen und Widerstand

Sozialen Bewegungen werden – insbesondere in Lateinamerika – hohe Erwartungen und Hoffnungen entgegengebracht, da sie oft als Widerstandspol zu den Diktaturen entstanden sind. Sie wurden als eine Organisationsform „von Unten“ angesehen, die das Potenzial zur basisdemokratischen Reform der Staaten beinhalten würde. Häufig wurden sie in Forschung und Politik mythisch überhöht und als Gegengewicht zur institutionalisierten, bürokratisierten Struktur des Staates gesehen (Salman 2001: 118). In dem Maße, in dem soziale Bewegungen in Politik und Regierungsverantwortung eingebunden wurden, wuchsen Zweifel ob ihrer revolutionären Kraft. Es wurde darauf hingewiesen, dass die Integration von sozialen Bewegungen in Staatshandeln damit einhergingen, dass sie in Abhängigkeit zu etablierten politischen Apparaten gerieten; dass Botschafter sozialer Bewegungen ihr Vorsprungswissen zum Vorteilsgegn gegenüber den Mitgliedern ausnutzen, und dass ein „Entpolitisierungs-Mechanismus“ greifen würde (Salman 2001: 123). Auf der anderen Seite übernehmen soziale Bewegungen mit ihren Tätigkeiten in Bereichen des sozialen Wohnungsbaus oder im Gesundheits-, Kultur- und Sozialsektor etc. Aufgaben der staatlichen Apparate und stabilisieren damit eine prekäre Situation, lösen diese jedoch nicht (vgl. z.B. für den Wohnungsbau in Uruguay Rosol 2001). Soziale Bewegungen sind damit billige Produzenten von Dienstleistungen, die der Staat nicht (mehr) erbringen kann oder will. Da sie zudem überwiegend mikroterritorial wirksam sind, sind sie ein weiterer Baustein einer städtischen Fragmentierung. Jene sozialen Bewegungen, die gut organisiert sind, können möglicherweise mehr für ihre Mitglieder bzw. für ihr Viertel bewirken; demgegenüber mangelt es Vierteln bzw. Bevölkerungsgruppen ohne Interessenvertretung zum Teil an den grundlegendsten Einrichtungen.

Dass soziale Bewegungen überhaupt an der Politikgestaltung beteiligt wurden, hängt nicht nur mit dem hohen Ansehen ob ihrer Widerstandsrolle während der Diktaturen zusammen, sondern auch mit Vorgaben von UN-Programmen. In den 1990er Jahren kamen UN-Strategien zum Tragen, die finanzielle Unterstützung an die Beteiligung sozialer Bewegungen in Form von NGOs koppelte. Diese Aufwertung von NGOs in den 1990er Jahren (vgl. u.a. Brand et al. 2001) geht mit einer *good* oder *global governance* als dem normativen Leitbild von Politik und Regierungsführung einher. *Governance* wird in diesem Zusammenhang von der UN, Weltbank und weiterer global wie national und

subnational tätiger Institutionen die Kapazität zu effizienter Problemlösung und Steuerung, Demokratisierung und Restrukturierung von Staatlichkeit zugesprochen (vgl. insgesamt zum Konzept Brand et al. 2000). Beteiligung und Kooperation werden als Bedingungen für effektives Regieren in den Mittelpunkt gerückt, ungleiche Machtverhältnisse hingegen ausgeblendet.

Dies alles bedeutet jedoch nicht, dass soziale Bewegungen zwangsläufig zu NGOs mutieren oder kooptiert werden oder aber nur im Rahmen einer Überlebensökonomie eine Bedeutung haben. Lanz (2004) teilt nicht die pessimistische Einschätzung, dass soziale Bewegungen per se systemstabilisierend wirken. Bewegungen wie die vorher angesprochenen sich in Kollektiven organisierenden Müllsammler oder Gesundheitskollektive weisen darauf hin, dass sie trotz prekärer sozioökonomischer Situationen eine Dynamik selbstorganisierter Arbeitsentwicklung, die sich widerspenstig und quer zu kapitalistischen Verwertungszusammenhängen stellen und damit politische Bedeutung erlangen können.

3. Fazit

3.1 Vergleich Nord-Süd

Es lässt sich festhalten, dass sowohl im Norden wie im Süden neoliberale Politikstrategien dominieren. In deren Anwendung und in den Folgen lassen sich sowohl Gemeinsamkeiten als auch Unterschiede zwischen Nord und Süd feststellen, von denen wir abschließend kurz einige anreißen wollen.

Sowohl im Norden wie im Süden hat *governance* als politisches Konzept an Bedeutung gewonnen. Während im Fordismus – die im Norden und einigen Ländern des Südens lange Zeit dominante Regulationsweise – lokale, nationale und internationale Politik vor allem auf formelle, gesetzlich legitimierte staatliche AkteurInnen bzw. Regierungen basierte (*government*), spielen seit Beginn der 1990er Jahre andere AkteurInnen wie (Transnationale) Unternehmen und Nichtregierungsorganisationen (NGOs), eine zunehmend wichtige Rolle (*governance*). Offensichtlich ersetzen die neuen AkteurInnen jedoch keinesfalls komplett formelle Institutionen. Weitere Gemeinsamkeiten finden sich in der veränderten Rolle zivilgesellschaftlicher Akteure und sozialer Bewegungen, deren Potenzial als billige Ressource zur Erbringung von städtischen Dienstleistungen sowohl im Norden wie im Süden erkannt wurde. Der neokommunitaristisch und neoliberal geprägte Diskurs um *good governance*, um *Empowerment*, Verantwortung in der *community*, Sozialkapital und soziale Kohäsion ist dabei im Norden wie im Süden präsent und schlägt sich in konkreten Programmen wie Quartiersmanagement – im Norden – oder Mikrokreditförderung – im Süden – nieder (vgl. u.a. Mayer/Ranking 2002).

Ebenso finden sich auch im Norden zunehmend Formen informeller und Ersatzökonomien. Einige davon (z.B. das Flaschensammeln oder das Autoschei-

benputzen an roten Ampeln) können als direkte Importe aus dem Süden interpretiert werden. Nicht umsonst wird zunehmend auch von der „Dritten“ oder „Vierten“ Welt in der „Ersten“ Welt gesprochen und umgekehrt. Auch Prozesse von Gentrification, ein Zusammenspiel staatlicher und privater Akteure in territorialen Kontrollstrategien und Verdrängung einerseits sowie Verslumung auf der anderen Seite kennzeichnen Stadtentwicklung sowohl im Norden wie im Süden, wenngleich in unterschiedlichem Ausmaß (vgl. u.a. Smith 2002). Und nicht zuletzt finden weiterhin Privatisierungen von Infrastrukturen wie Gas, Wasser, Post und Telekommunikation etc., von Bildung und Gesundheit als auch staatlich-kommunaler Wohnungsbestände statt – im Norden wie im Süden.

Offensichtlich gibt es dennoch bedeutsame Unterschiede. Neoliberale Programme z.B. in der Form von Strukturadaptationsprogrammen bedeuteten ein „Hineinregieren“ in Länder des Südens, einen externen Zwang, dem gefolgt wurde, um Hilfen und Schuldenerlass zu erreichen. Zusammen mit dem gezielten Abbau staatlicher Kompetenzen durch Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen führt dies auf städtischer Ebene zu sozialen und räumlichen Fragmentierungsprozessen. Demgegenüber wurden neoliberale Umbauprozesse im Norden überwiegend aus den jeweiligen Ländern heraus gestaltet. Zwar sind auch Städte im Norden von einer stärkeren sozialen Polarisierung geprägt, aber im Unterschied zu Städten des Südens bestehen weiterhin – wenn auch im stetigen Abbau begriffen und brüchiger werdend – soziale Sicherungssysteme und eine Garantie von Sicherheit durch staatliche Organisationen.

3.2 Schlussfolgerungen für kritische Stadtforschung und emanzipatorische Praxis im globalen Kontext

Ansatzpunkt und Stoßrichtung kritischer Stadtforschung und emanzipatorischer Praxis sind in diesem immer unübersichtlicher und widersprüchlicher erscheinenden Terrain neoliberaler und neokommunitaristischer Strategien zunehmend unklar. Es gilt heute, sich nicht nur gegen „klassische“ neoliberale Strategien wie Privatisierung, Kommodifizierung, Liberalisierung und (Standort)wettbewerb zur Wehr zu setzen, sondern v.a. auch die „weichen“ Strategien in ihrer Komplexität zu erfassen. Dazu zählt die Übernahme erstmals mit progressiven Inhalten verbundener Begriffe wie *Empowerment* und Selbsthilfe, die Instrumentalisierung persönlicher Loyalitätsbeziehungen und Verantwortungsübernahme, die Aufwertung der lokalen Ebene, die Vereinnahmung von Selbsthilfebewegungen zur Erbringung erstmals staatlicher Dienstleistungen. Dabei geht es auch um die Vermeidung einer *local trap* (Purcell 2006) bzw. der Verdinglichung bzw. Überhöhung jedweder anderen Maßstabebene. Keine geographisch-politische Maßstabebene ist besonders prädestiniert oder aber besonders ungeeignet für emanzipatorische Kämpfe. Letztlich können eman-

zipatorische Veränderungen nur durch solidarisches Handeln auf verschiedenen Maßstabsebenen bewirkt werden.

Denn Ziel kann nicht sein, sich nicht mehr zu engagieren, keine Verantwortung zu übernehmen (vgl. auch DeFilippis et al. 2006). Für die politische Praxis heißt dies auch, voneinander zu lernen. Dabei kann insbesondere der Norden von den unkonventionellen Widerstandsformen des Südens lernen – von der erfolgreichen Verhinderung der Privatisierung von Wasser und Gas in Bolivien bis zur Gestalt des mexikanischen „Super Barrio“ zur Verhinderung von Gentrification und Verdrängung.

In Bezug auf vergleichende Forschungen zu Entwicklungen im globalen Süden wie Norden gilt es, zugleich weder künstliche Binaritäten noch verkürzte Homogenisierung aufrechtzuerhalten bzw. zu produzieren. Es muss der Blick auf die spezifischen Besonderheiten der neoliberalen Entwicklung in verschiedenen Städten gelenkt und damit die Pfadabhängigkeit neoliberaler Strategien herausgearbeitet werden. Während zu Beginn der Forschungen zur Neoliberalisierung von Stadtpolitik die scheinbar universelle Ausbreitung neoliberaler Tendenzen konstatiert wurde, wenden sich die Forschungen in den letzten Jahren wieder stärker deren jeweils spezifischen Einbettungen zu. So werden sowohl das Gedächtnis räumlich verankerter Institutionen und Organisationen als auch die lokal spezifische Geschichte sozialer Kämpfe wieder stärker in den Blick genommen (Herod/Aguiar 2006). Neoliberale Strategien bleiben davon nicht unbeeinflusst. Laut Brenner und Theodore gilt es entsprechend, „[to] explore path-dependent, contextually specific interactions between inherited regulatory landscapes and emergent neoliberal, market-oriented restructuring projects (...)“ (Brenner/Theodore 2002: 349). Es gilt, den Blick für spezifische lokale und nationale Kontexte und Differenzen in den Zentren und Peripherien zu schärfen und gleichzeitig strukturelle Gemeinsamkeiten herauszuarbeiten.

Literatur

- Basedau, Matthias (2005): *Multiple Unsicherheit: Befunde aus Asien, Nahost, Afrika und Lateinamerika*. Hamburg: Deutsches Übersee-Institut.
- Böge, Volker (2004): *Neue Kriege und traditionelle Konfliktbearbeitung*. Duisburg: Institut für Entwicklung und Frieden, Universität Duisburg-Essen.
- Brand, Ulrich/Brunnengräber, Achim/Schrader, Lutz/Stock, Christian/Wahl, Peter (2000): *Global Governance - Alternativen zur neoliberalen Globalisierung?* Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brand, Ulrich/Demirovic, Alex/Görg, Christoph/Hirsch, Joachim (Hg.) (2001): *Nichtregierungsorganisationen in der Transformation des Staates*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Brenner, Neil (2004a): *New state spaces. Urban Governance and the rescaling of statehood*. Oxford and New York: Oxford University Press.
- Brenner, Neil (2004b): Urban governance and the production of new state spaces in western Europe, 1960-2000. In: *Review of International Political Economy*, (11/3): 447-488.
- Brenner, Neil/Theodore, Nik (2002): Cities and the Geographies of "Actually Existing Neoliberalism". In: *Antipode*, 34 (3): 349-379.
- Córdoba, Pepe/López, Alejandra (2004): Eine neue Richtung. Die Cartonero-Kooperative 'Nuevo Rumbo'. In: Lanz, Stephan (Hg.): *City of COOP. MetroZones 5*. Berlin: b_books.
- Coy, Martin (2006): Gated communities and urban fragmentation in Latin America: the Brazilian experience. In: *GeoJournal*, 66 121-132.
- Davis, Mike (2004): Planet of Slums: Urban Revolution and the Informal Proletariat. In: *New Left Review*, 26 (March/April): 5-34.
- DeFilippis, James/Fisher, Robert/Shragge, Eric (2006): Neither romance nor regulation: re-evaluating community. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 30 (3): 673-689.
- Draguricevich, Graciela (2004): Lösungen für den Alltag. Das Projekt "Mutual Sentimiento". In: Lanz, Stephan (Hg.): *City of COOP. Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires*. Berlin: b-books, 233-247.
- Eick, Volker (1998): Neue Sicherheitsstrukturen im neuen Berlin. "Warehousing" öffentlicher Räume und staatliche Gewalt. In: *PROKLA 110*, 28 (1): 95-119.
- Evers, Adalbert (2002): Bürgergesellschaft und soziales Kapital. Die politische Leerstelle im Konzept Robert Putnams. In: Haus, Michael (Hg.): *Bürgergesellschaft, soziales Kapital und lokale Politik. Theoretische Analysen und empirische Befunde*. Opladen: Leske+Budrich, 59-75.
- Glazze, Georg/Webster, Chris/Frantz, Klaus (2006): *Private Cities: Global and Local Perspectives*. London: Routledge.
- Grant, Richard (2005): The Emergence of Gated Communities in a West African Context. In: *Urban Geography*, 26 (8): 661-683.
- Hall, Tim/Hubbard, Phil (Hg.) (1998): *The Entrepreneurial City: Geographies of Politics, Regime, and Representation*. New York:
- Harvey, David (1989): From Managerialism to Entrepreneurialism: The Transformation in Urban Governance in Late Capitalism. In: *Geografiska Annaler Series B*, 71 (1): 3-17.
- Häußermann, Hartmut/Siebel, Walter (Hg.) (1993): *Festalisierung der Stadtpolitik. Stadtpolitik durch große Projekte*. Opladen: Westdeutscher Verlag (Leviathan Sonderheft 13/1993).
- Heeg, Susanne (1998): Vom Ende der Stadt als staatliche Veranstaltung. Reformulierung städtischer Politikformen am Beispiel Berlins. In: *PROKLA 110*, 28. Jg., Heft 1: 5-23.
- Herod, Andrew/Aguiar, Luis L (2006): Introduction: Geographies of Neoliberalism. In: *Antipode*, 38 (3): 425-434.
- Imrie, Rob/Raco, Mike (Hg.) (2003): *Urban Renaissance? New Labour, community and urban policy*. Bristol: Policy Press.
- Jessop, Bob (1997): Die Zukunft des Nationalstaates - Erosion oder Reorganisation? Grundsätzliche Überlegungen zu Westeuropa. In: Becker, Steffen; Sablowski, Thomas; Schumm, Wilhelm (Hg.): *Jenseits der Nationalökonomie? Weltwirtschaft und Nationalstaat zwischen Globalisierung und Regionalisierung*. Hamburg: Argument Verlag.
- Krätke, Stefan/Schmoll, Fritz (1987): Der lokale Staat - 'Ausführungsorgan' oder 'Gegenmacht'. In: *PROKLA. Zeitschrift für kritische Sozialwissenschaft*, 17. Jg., Heft 86 (3/1987): 30-72.
- Krüger, Lydia/Ugarte Chacón, Benedict (2006): Privatisierung nach Berliner Art. In: *Blätter für deutsche und internationale Politik*, (9): 1113-1120.
- Künkel, Jenny (2004): *Wenn die Planung zur Animateurin wird. Das Berliner Quartiersmanagement - Eine empirische Untersuchung von Zielen, AkteurInnen und Möglichkeiten*. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Stadt- und Regionalplanung, TU Berlin, Berlin.
- Lanz, Stephan (2000): Der Staat verordnet Zivilgesellschaft. In: *Widersprüche*, 20. Jg. (78): 39-51.
- Lanz, Stephan (2004): Kapillaren der Emanzipation. In: Lanz, Stephan (Hg.): *City of COOP. Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires*. Berlin: b-books, 7-16.
- Lemke, Thomas (2002): Foucault, Governmentality, and Critique. In: *Rethinking Marxism*, 14 (3): 49-64.
- Lopes de Souza, Marcelo (2004): Sozialräumliche Dynamik in brasilianischen Städten unter dem Einfluss des Drogenhandels. Anmerkungen zum Fall Rio de Janeiro. In: Lanz, Stephan (Hg.): *City of COOP. Ersatzökonomien und städtische Bewegung in Rio de Janeiro und Buenos Aires*. Berlin: b-books, 19-33.
- Martin, Deborah/McCann, Eugene/Purcell, Mark (2003): Space, scale, governance, and representation: contemporary geographical perspectives on urban politics and policy. In: *Journal of Urban Affairs*, 25. Jg. (2): 113-121.

- Mayer, Margit (1990): Lokale Politik in der unternehmerischen Stadt. In: Borst, Renate/Krätke, Stefan/Mayer, Margit/Roth, Roland/Schmoll, Fritz (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag, 190-208.
- Mayer, Margit (1991): 'Postfordismus' und 'Lokaler Staat'. In: Heinelt, Hubert/Wollmann, Hellmut (Hg.): *Brennpunkt Stadt. Stadtpolitik und lokale Politikforschung in den 80er und 90er Jahren*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag, 31-51.
- Mayer, Margit (1994a): Post-Fordist City Politics. In: Amin, Ash (Hg.): *Post-Fordism: A Reader*. Oxford, Cambridge: Blackwell, 316-337.
- Mayer, Margit (1994b): Public-Private Partnership - eine neue Option und Chance für kommunale Wirtschaftspolitik? In: Roth, Roland/Wollmann, Hellmut (Hg.): *Kommunale Politik. Politisches Handeln in den Gemeinden*. Opladen: Leske+Budrich, 440-450.
- Mayer, Margit (2003a): Das Potenzial des Regulationsansatzes für die Analyse städtischer Entwicklungen am Beispiel territorialer Anti-Armutspolitik. In: Brand, Ulrich/Raza, Werner (Hg.): *Fit für den Postfordismus? Theoretisch-politische Perspektiven des Regulationsansatzes*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 265-280.
- Mayer, Margit (2003b): The Onward Sweep of Social Capital: Causes and Consequences for Understanding Cities, Communities and Urban Movements. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 27. Jg. (1): 110-132.
- Mayer, Margit/Ranking, Katharine N (2002): Social Capital and (Community) Development: a North/South Perspective. In: *Antipode*, 34 (4): 804-808.
- McIlwaine, Cathy/Moser, Caroline (2001): Violence and social capital in urban poor communities: perspectives from Colombia and Guatemala. In: *Journal of International Development*, 13 965-984.
- Packer, George (2006, The New Yorker): *Lagos: The Megacity*. Ausgabe Nov. 13th.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (1992): Local Modes of Social Regulation? Regulation Theory, Thatcherism and Uneven Development. In: *Geoforum*, 23 (3): 247-365.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (1994): Searching for a New Institutional Fix: the After-Fordist Crisis in the Global-Local Disorder. In: Amin, Ash (Hg.): *Post-Fordism: A Reader*. Oxford, Cambridge: Blackwell, 280-315.
- Peck, Jamie/Tickell, Adam (2002): Neoliberalizing space. In: *Antipode*, 34. Jg. (3): 380-404.
- Plöger, Jörg (2006): Lima, Stadt der Gitter: Abgesperrte Nachbarschaften als Reaktion auf veränderte sozioökonomische Rahmenbedingungen. In: Gans, P. et al. (Hg.): *Kulturgeographie der Stadt*. Kiel: Institut für Geographie, 369-381.
- Purcell, Mark (2006): Urban democracy and the local trap. In: *Urban Studies*, 43 (11): 1921 - 1941.
- Robinson, Jennifer (2002): Global and World Cities: a view from the map. In: *International Journal of Urban and Regional Research*, 26 531-554.
- Rohlf, Sabine (2007, Frankfurter Rundschau): *In den Slums von Caracas oder ...* 26.04.2007
- Ronneberger, Klaus/Schmid, Christian (1995): Globalisierung und Metropolenpolitik: Überlegungen zum Urbanisierungsprozeß der neunziger Jahre. In: Hanruedi Hitz/Roger Keil/Ute Lehrer/Klaus Ronneberger/Christian Schmid/Richard Wolff (Hg.): *Capitales Fatales. Urbanisierung und Politik in den Finanzmetropolen Frankfurt und Zürich*. Zürich: 354-378.
- Rose, Nikolas (2000a): Community, Citizenship, and the Third Way. In: *American Behavioral Scientist*, 43 (9): 1395-1411.
- Rose, Nikolas (2000b): Tod des Sozialen? Eine Neubestimmung der Grenzen des Regierens. In: Bröckling, Ulrich/Krasmann, Susanne/Lemke, Thomas (Hg.): *Gouvernementalität der Gegenwart. Studien zur Ökonomisierung des Sozialen*. Frankfurt/Main: Suhrkamp, 72-109.
- Rosol, Marit (2001): *Die Wohnungsbaukooperativen in Uruguay - Anspruch und Wirklichkeit kollektiver Selbsthilfe*. Unveröffentlichte Diplomarbeit am Institut für Stadt- und Regionalplanung, Technische Universität Berlin, Berlin.
- Roth, Roland (1990): Stadtentwicklung und soziale Bewegungen in der Bundesrepublik. In: Borst, Renate/Krätke, Stefan/Mayer, Margit/Roth, Roland/Schmoll, Fritz (Hg.): *Das neue Gesicht der Städte*. Basel, Boston, Berlin: Birkhäuser Verlag, 209-234.
- Roth, Roland (1998): Postfordistische Politik. Regulationstheoretische Perspektiven zur Zukunft des Politischen. In: Görg, Christoph/Roth, Roland (Hg.): *Kein Staat zu machen. Zur Kritik der Sozialwissenschaften*. Münster: Westfälisches Dampfboot, 95-118.

- Roth, Roland (2003): Die dunklen Seiten der Zivilgesellschaft - Grenzen einer zivilgesellschaftlichen Fundierung von Demokratie. In: *Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen*, 16. Jg. (2): 59-73.
- Rügemer, Werner (2006): *Privatisierung in Deutschland. Eine Bilanz. Von der Treuhand zur Public Private Partnership*. Münster: Westfälisches Dampfboot.
- Sabir, Ali (1995): Squatters: Slums within Slums. In: Roy, Podipto/Das Gupta, Shangon (Hg.): *Urbanization and Slums*. Dehli: 55-59.
- Salman, Ton (2001): Paradigms lost - An Paradigmen vorbei. Theoriebildung um städtische Organisationen und Bewegungen in Lateinamerika. In: *Peripherie*, 21 (81/82): 116-137.
- Sassen, Saskia (2000): *Cities in a world economy*. Thousand Oaks: Pine Forge Press.
- Schulze, Bodo (2007): *Mikroterritoriale Kontrolle und (un-)Sicherheit in Jakarta - Das Beispiel des Forum Betawi Rempug*. Unveröff. Diplomarbeit am Institut für Geographie, Universität Hamburg, Hamburg.
- Selle, Klaus (1993): Expo 2000. ein Großprojekt als Mittel der Stadtentwicklung. In: Häußermann, Hartmut; Birkelhuber, Daniela (Hg.): *Festivalisierung der Stadtpolitik*. Opladen: Westdeutscher Verlag.
- Smith, Neil (2002): New Globalism, New Urbanism: Gentrification as Global Urban Strategy. In: *Antipode*, 34 (3): 434-457.
- Spacelab (1997): Macht und Raum. Zu postfordistischen Territorial- und Kontrollstrategien. In: *Widersprüche*, (66): 129-150.
- Taylor, Peter J. (2004): *World city network: a global urban analysis*. London: Routledge.
- UN-Habitat (2003): *The challenge of the slums: global report on Human Settlements*. London:
- Wollmann, Hellmut (2006): The fall and rise of the local community: A comparative and historical perspective. In: *Urban Studies*, 43 (8): 1419-1438.
- Zibechi, Raúl (2004): Besetzte Fabriken - zwischen Überleben und Emanzipation. In: Lanz, Stephan (Hg.): *City of COOP. Ersatzökonomien und städtische Bewegungen in Rio de Janeiro und Buenos Aires*. Berlin: b-books, 269-285.